

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: Carl Neubauer
Postfach 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Abnahme in Dresden oder durch die Post monatlich M. 105,-
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige Zeile M. 20,-, ausserhalb Sachsen M. 25,-. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmotoren, 10spaltige Zeile u. Verläufe 25,-, Anschlag, Bezugsgebühren laut Tarif. Anzeigen, welche gegen Vorauszahlung.

Schreibmaschine und Kopiermaschinen
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "Apf & Reichardt" in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Feinste Bedertwaren ♦ Damentaschen
Elegantes Reisegepäck

26 Prager Strasse **Adolf Mäter** Prager Strasse 26

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen

27 Kamenzer Straße **J. A. BRUNO KÖNIG** Kamenzer Straße 27
Telephon 22667

Ettablissement 1. Ranges — Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche

Excelsior Diele
Seestraße 7

Konzerte Joska Labatos, ungar. Kapellmstr. u. Cymbalvirtuos
zum 5-Uhr-Tea und abends

Die Not der deutschen Presse vor dem Reichsrat.

Tiefgründige Schilderungen, aber keine Hilfe.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers. (Wahrscheinlich unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 7. Sept. Im Reichsrat nahm heute der Vertreter des Reichs die Sache der deutschen Presse vor. Er sprach über die katastrophale Lage der deutschen Presse, die er u. a. erklärte, dass man ohne Hebertreibung sagen könne, dass wenn nicht sofort von der Reichsregierung entscheidende Maßnahmen getroffen werden, die deutschen Zeitungen bis auf ganz verschwindende Ausnahmen in aller nächster Zeit einbrechen würden. Damit würden große kulturelle Werte vernichtet. Nicht bloß die Verleger sind ruiniert, es würden die Angestellten und Redakteure brotlos, sowie das große Heer der Drucker, Setzer und Hilfsarbeiter, das in der Presse beschäftigt wird. Ohne sofortiges Eingreifen des Reichs sei die deutsche Presse verloren.

Der Vertreter der Rheinprovinz, Landgerichtsrat Schumacher, forderte, der Volksseele klarer als bisher zum Bewusstsein zu bringen, welche kulturellen Werte auf dem Spiele stehen. Heute urteile der einzelne noch vielfach, es schade nichts, wenn eins oder das andere Blatt einlänge.

Darum mahne man der Öffentlichkeit mit amtlichen Mitteln klarzustellen, um welche enormen Kulturschätze es sich handele.

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Das Reichswirtschaftsministerium hat selbstverständlich mit sehr ernsthafter Sorge die Mitteilung entgegengenommen, daß der Druckpapierverband seine Preise von 27 auf 84 M. per Kilo erhöhen will. Wir sind uns klar, was es bedeutet, wenn jetzt der Preis auf diese Summe erhöht wird. Auch die Lieferungsbedingungen sind außerordentlich schwer tragbar, oder wie die Verleger in Weimar erklärten, überhaupt nicht tragbar, und es ist für jeden klar, daß diese Anforderungen kaum zu erfüllen sind, oder nur von ganz wenigen, und daß der größte Teil der Presse schwer darunter leidet, wenn nicht zugrunde geht. Man mag politische Reden hören, was man will, man muß bedenken, daß schon ein großer Teil der Presse eingegangen ist, darunter alte Organe von Bedeutung. Es fragt sich nun, ob die Maßnahmen ausreichend sind, die das Gesetz dem Reichswirtschaftsministerium in die Hand gibt. Das Gesetz gibt uns die Möglichkeit, für Holzschliff, Zellstoff und Druckpapier Höchstpreise festzusetzen, wobei die Voraussetzung natürlich ist, daß diese Unternehmungen an einem Zeitungsyndikat angeschlossen werden. Wir hätten es dann in der Hand, ähnlich wie beim Kohlen- und Kalkverband, unser Veto einzulegen gegen zu hohe Preise. Unsere Preisberechnungen, sowie wir bis jetzt die Mittelungen der Unternehmer nachprüfen konnten, haben ergeben, daß sicherlich hier und da Überhörschreitungen der gerechtfertigten Preise stattfinden. Nun ergibt sich natürlich die Möglichkeit,

bei der Zwangsindustrialisierung kontrollierend auf die Preise und Lieferungsbedingungen einzugreifen. Aber ich mache kein Hehl daraus, daß man keine überhörschreitenden Holzschlagungen daran setzen soll. Denn, wenn ich die Industralisierung vornehme — ich habe die Absicht, sie jetzt an betreiben und vorzunehmen —, wenn ich Höchstpreise festsetze, so kommt man immer noch nicht zu dem Ergebnis, daß wir wirklich eine erhebliche Preisbesserung erhalten, die erträglich für die Zeitungsunternehmen überhaupt wäre. Selbst wenn wir auf eine Verabfolgung von 100 Millionen Kilo Holzschlagungen kommen, so würde das an der ählichen Lage des Zeitungsberwerbes kaum etwas ändern. Auch sonstige Maßnahmen, wie die Ermäßigung der Zinsen, die Erleichterung der Ziffermehrmittelungen u. s. w. helfen alle nichts. Große Gesichtspunkte müssen in den Vordergrund gestellt werden, wenn wir wirklich ernsthaft darauf bedacht sein und uns der Aufgabe widmen wollen, die Presse vor dem vollständigen Verfall und Ruin zu retten. Ich brauche nicht zu sagen, daß kulturelle Werte mit der Presse verloren gehen. Schon jetzt geht der Wert der Zeitungen immer weiter zurück. Darum komme ich zu der Auffassung, die ich schon früher geäußert habe:

Durchzuführende Maßnahmen

Sind nur möglich, wenn wir auch das Holz im Preise ermäßigen können und damit die Möglichkeit schaffen, daß auch die Preise für Holzschliff, für Zellstoff und Druckpapier entsprechend heruntergehen. Die Schwierigkeiten hierbei sind bekannt. Die Länder sind an der Holzverwertung finanziell interessiert, und der Privatbesitz ist schwer zu erfassen. Es fragt sich nun, ob der Weg gangbar ist, daß die Regierungen der Einzelstaaten nochmals prüfen, ob es nicht doch möglich ist, ein bestimmtes Quantum aus der Holzabgabe für Holzschliff und Zellstoffabriken bereitzustellen zu bestimmten Preisen, oder ob wir zurückkehren zu dem Vorschlag des Reichswirtschaftsministeriums, vom gesamten Holzumsatz einen höheren Betrag als Abgabe zu erheben, damit der Fonds größer wird. Dieser Fonds wird nach unserer Schätzung 100 Millionen Mark betragen. Immerhin muß gesagt werden, daß ausserordentlich mit einer Verbilligung von 2 M. für das Kilo Papier die Sache noch zu hoch angesetzt ist. Ich sehe keinen weiteren Weg, als entweder die Erneuerung von Papierholz oder die Abgabe für das gesamte Holz in höherem Maße, als das Gesetz bestimmt. Anders kommen wir zu keinem Ergebnis. An sich bin ich bereit, die Organisation der Zwangsindustrialisierung zu machen, aber ich unterbreite nochmals, das ist die Frage nicht.

Generalversammlung der Zeitungsverleger.

Mandrupa, 7. Sept. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland, der am 10. und 11. September in Mandrupa anlässlich seines 25-jährigen Bestehens eine Generalversammlung abhalten wollte, ist bekannt, daß infolge der katastrophalen Wirtschaftslage der deutschen Presse die Generalversammlung nicht stattfinden wird. Die Vereinigung ruft auf den 17. September nach Halle eine außerordentliche Generalversammlung ein zur Aussprache über die wirtschaftliche Lage des Zeitungsberwerbes. (WZV.)

Die sozialdemokratische Einigung.

Der Arbeitsgemeinschaft zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen ist als nächster Schritt auf der Bahn der völligen parteipolitischen Verschmelzung das gemeinsame Aktionsprogramm gefolgt, das sich an das Weimarer Programm anlehnt und den Forderungen der Gewerkschaften entgegenkommt. Das Aktionsprogramm ist lediglich für die Bedürfnisse der Praxis, für den politischen Kampf berechnet und vermeidet die theoretischen Spitzfindigkeiten einer wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus, die schon in Weimar so große Schwierigkeiten bereitete, daß das dort beschlossene neue Parteiprogramm der Mehrheitssozialisten hinter dem bis dahin gültigen Erfurter Programm an geistiger Vertiefung weit zurückblieb. Das Dokument trägt die offizielle Bezeichnung „Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ und wird Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung auf den beiden demnächst stattfindenden Parteitagungen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen sein, die unter die Einigung das amtliche Siegel zu setzen haben. In der kurzen, nur einige Seiten betragenden allgemeinen Einleitung wird die Parole des Klassenkampfes ausgegeben, und es folgt dann sofort die Aufstellung eines umfangreichen Katalogs von mehr oder weniger radikalen Einzelforderungen, die ausdrücklich als Kampfsziele bezeichnet werden und alle so gewählt sind, daß die Zustimmung auch den gleichbewußtesten Elementen unter den Unabhängigen nicht schwerfallen kann. Die Mehrheitssozialdemokratie wird, wenn die Einigung, wie nun nicht mehr zweifelhaft sein kann, von Parteitags wegen glücklich unter Dach und Fach gebracht werden ist, einen hervorragenden Erfolg ihrer Politik zu verzeichnen haben. Sie hat vom ersten Augenblick der Trennung an, die durch die Frage über die Weiterbenützung der Kriegskredite herbeigeführt wurde, die Rückkehr der „abgeirrten Brüder“ im Auge behalten und konsequent ihr ganzes Verhalten gegenüber den Unabhängigen auf die Erreichung dieses Zieles eingestellt, immer mit der Begründung, daß das gemeinsame Interesse der Arbeiterklasse die Herstellung der einheitlichen Front verlange. In diesem beständigen Festhalten an einer einmal als richtig erkannten Gemeinamfteilpolitik liegt ohne Frage etwas Großartiges, und die bürgerlichen Parteien können daraus die Lehre entnehmen, daß sie selbst jetzt um so energisere Anstrengungen machen müssen, um der durch die Einigung vermehrten Stokkraft der Sozialdemokratie eine auf gleiches einheitliches Wollen und Handeln gestellte Front zum Schutze der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsauffassung entgegenzustellen.

Es ist interessant, auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen einen kurzen Rückblick zu werfen, weil sich daraus erkennen läßt, daß selbst die anscheinend heftigsten Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten überwunden werden können, wenn nur die einigenden Gesichtspunkte immer aufs neue betont und niemals völlig preisgegeben werden. Es gab eine noch gar nicht weit zurückliegende Zeit, als der händliche Streit unter den beiden Richtungen so heftig entbrannt war, daß scheinbar jede Aussicht auf eine Verständigung verschwunden war. Die Unabhängigen überschlugen sich förmlich in leidenschaftlichen Angriffen gegen die Mehrheitssozialisten, die geradezu als verkappte Schlichter des Bürgerkriegs hingestellt und mit den schärfsten Schmähungen bedacht wurden. Die mehrheitssozialistische Presse blieb solchen Anfeindungen gegenüber im allgemeinen ziemlich ruhig, verlor aber gelegentlich doch auch manchmal die Geduld und bedachte insbesondere auf dem Standpunkte, daß eine Einigung keinesfalls durch die Preisgabe demokratischer Grundzüge erkauft werden dürfe. Zwei Presseäußerungen, die schon einige Jahre zurückliegen, mögen den Stand der damaligen Beziehungen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen beleuchten. Die „Freiheit“ erklärte im November 1919, auch kommunistische Irrungen der Massen seien verheißungsvoller, als der geistige Stillstand jener rechtssozialistischen Arbeiteraristokratie, die mehr und mehr zu einem Anhängel der kleinbürgerlichen Schichten herabfinke, die in die rechtssozialistische Partei hineingeströmt seien. Und einige Monate später äußerte der „Vorwärts“ in einem sehr skeptisch gehaltenen Artikel über die sozialistische Einheitsfront: „Vor einer wässerigen Politik nach links und irgendwelchen Jugendschwärmereien an die „Diktatur des Proletariats“ muß unsere Partei sich nicht allein aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch um deswillen hüten, weil ein Verlassen des demokratischen Bodens zugleich das Ende unserer Regierungsfähigkeit und die Brüstung jener bürgerlich-demokratischen Wählergruppen bedeuten würde, die den jetzigen Kurs aus ehrlicher Überzeugung mitmachen und in ihren Parteien als Sauerzweig wirken.“ Auch bei uns in Sachsen wählten die Geister der beiden sozialdemokratischen Richtungen scharf aufeinander; so wurde den Unabhängigen bei vergeblichen Einigungsversuchen, die das Ministerium Dr. Stadnauer in die Wege leitete, von mehrheitssozialistischer Seite unverblümt zu Gemüte geführt, daß ihre Forderungen geradezu Verrat an den elementarsten demokratischen Grundgesetzen bedeuteten. Doch das alles ist vergangen und vergessen, und jetzt heißt es im Interesse der parteipolitischen Einigung: „Sammeln drüber!“ Welche von den beiden Gruppen schließlich bei der Einigung der gewinnende und welche der leidtragende Teil

Der Stand der Garantieverhandlungen.

Günstige Auffassung in Belgien.

(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Brüssel, 7. Sept. Genaue Nachrichten über den Stand der Verhandlungen in Berlin liegen hier nicht vor, aber man zeigt sich auf Grund von Nachrichten, die über die Zusammenkunft zwischen den belgischen Delegierten und dem Kanzler Dr. Brüning und Minister Dermes eingelaufen sind, recht optimistisch. Man glaubt, daß das deutsche Kabinett sich entschließen werde, auch weiter die Verhandlungen in verhältnismäßigem Geiste zu führen, und weißt darauf hin, daß der Ton der deutschen Presse gegenüber Belgien ein recht gemäßigter ist. Ueber den Vorschlag der deutschen Regierung ist in offiziellen belgischen Kreisen noch nichts bekannt, aber man versichert von neuem, daß die belgische Regierung bereit ist, sich auf einer vernünftigen Basis mit der deutschen Regierung zu einigen. Nach gewissen Informationen aus guter Quelle sagt man folgende Dinge ins Auge:

Deutschland bezahle die am 15. August und 15. September fälligen Beiträge in bar und gibt für die übrigen 170 Millionen sechsmonatlich garantierte Schatzscheine.

Man weiß allerdings nicht, ob eine derartige Lösung Aussicht hat, im Verlaufe der Berliner Verhandlungen angenommen zu werden. Aber man hält es immerhin für möglich, daß sie zum Ziele führen. Man erwartet das Ergebnis der Verhandlungen noch vor Ablauf von 48 Stunden, und die Delegierten haben den Auftrag, am Sonnabend abend nach Brüssel zurückzukehren.

Weitgehende belgische Forderungen.

Berlin, 7. Sept. Im Laufe des Tages wurden die Verhandlungen mit den Belgiern fortgeführt. So leicht und einfach, wie von einigen Seiten verkündet worden war, gestalteten sich die Verhandlungen nicht. Heute ist nur noch davon die Rede, daß sie einen günstigen Verlauf zu nehmen scheinen. Es ist eine große Reihe einzelner Vorschläge zu

beraten. Die Belgier sollen mit einigen recht weitgehenden Forderungen gekommen sein. Deutscherseits wird darauf Gewicht gelegt, daß die Vorfahrt der Schatzscheine verlängert wird und daß sich die Garantie nicht auf Einzelwechsel, sondern auf die Gesamtheit erstreckt.

Die „Post“ schreibt: Gewiß ist, daß auf beiden Seiten nicht daran gedacht wird, lediglich Schatzwechsel für die beiden Parteien vom 15. August und 15. September zu geben bzw. anzunehmen, sondern daß über die Gesamtverpflichtungen bis Ende 1922, d. h. also über die Gesamtsumme von 170 Millionen Goldmark, verhandelt wird. Von vornherein scheidet aus, daß diese Summe durch ein Depot aus dem Goldbestande der Reichsbank sichergestellt wird. Dazu hat sich die deutsche Regierung außerordentlich erklärt, und darauf bestehen, wie aus Erklärungen Demeinmans geschlossen wird, auch die belgischen Unterhändler nicht. Wenn überhaupt eine Garantie der Reichsbank in Frage käme, könnte sie sich nur in den allerbedeutendsten Grenzen halten. Es ist in Bezug auf andere Möglichkeiten von einer Mitwirkung der englischen Finanzwelt die Rede gewesen, und man hat sich auf Londoner Gerüchte über Besprechungen Bergmanns bezogen. Nach den Andeutungen Bergmanns muß man annehmen, daß die englischen Banken vermutlich nicht ohne Zustimmung der englischen Regierung sich unter gewissen Voraussetzungen bereitfinden werden, einen Teil der Schatzwechsel zu diskontieren, so daß sich jene Summe, welche die deutsche Regierung zu beschaffen hätte, vielleicht um ein Erhebliches verringern dürfte.

Die Berliner Verhandlungen sind ebenso wie die im Kreise der Reparationskommission nur vorbereitende Akte für die Brüsseler Finanzkonferenz, auf der das ganze Reparationsproblem neuerlich zur Diskussion gestellt werden soll. Nicht darauf kommt es an, für einige Wochen oder Monate über die akutesten Schwierigkeiten hinwegzukommen, sondern darauf, die ganze Reparationsfrage von Grund aus umzugestalten.

Es wird damit gerechnet, daß die Verhandlungen mindestens drei Tage in Anspruch nehmen werden.

Dollar (Amtlich): 1300